

Vollständige Rundschau.
Deutschland.

* Der Kaiser ist am Donnerstag für einige Tage zur Jagd in Hubertushof eingetroffen.
* Das „Reich“ erklärt, daß ihr aus parlamentarischen Kreisen die als „außenpolitisch“ bezeichnete Mitteilung zugegangen sei, der Kaiser habe die konservative Parteilichkeit wegen der Aufhebung Stöckers beglückwünscht.

* Die Verhandlungen des deutschen Reiches mit Venezuela betreffend die rüftständigen Garantiezahlungen an die große venezolanische Eisenbahn sind, wie der „Hamb. Korst.“ meldet, zu einem beschließenden Abschluß gekommen.

* Dem Reichstage ist ein Weißbuch über die Transvaal-Angelegenheit zugegangen. Dasselbe enthält den Schriftwechsel zwischen dem auswärtigen Amt in Berlin und dem Botschafter in London und läßt ersehen, daß die Angelegenheit jetzt als beigelegt gilt.

* Wegen der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine hatte am Mittwoch eine Deputation des Zentralrats der Gewerbetreibenden beim Reichstagspräsidenten Hohenlohe eine Audienz. Der Anwalt der Gewerbetreibenden, Dr. Max Hirsch, und der Zentralratsvorsitzende Rauch begründeten eingehend die Forderung. Der Reichstagspräsident bemerkte, daß im Reichstag Bedenken gegen die Forderung geltend gemacht würden. Es sei indes nicht zu verkennen, daß ihr, besonders in vermögensrechtlicher Beziehung, triftige Gründe zur Seite ständen. Auch Staatssekretär v. Bötticher, der mit anwesend war, scherte weitere wohlwollende Prüfung der Angelegenheit zu.

* Zur Militärstrafprozedur wird dem „Hamb. Korst.“ offiziell geschrieben, allem Anschein nach sei bisher eine Entscheidung über die Vorschläge des preuß. Staatsministeriums noch nicht erfolgt, und wenn die Einbringung des Gesetzes in dieser Session nicht mehr beabsichtigt sein sollte, so läge auch zu der Beschleunigung der Entscheidung kein Anlaß vor, während eine ablehnende Entscheidung den sofortigen Rücktritt des Kriegsministers zur Folge haben müßte, nachdem er in der vorigen Session eine in dieser Hinsicht nicht missverständliche Erklärung im Reichstage abgegeben hat. In parlamentarischen Kreisen neigt man unter diesen Umständen der Auffassung zu, daß sich in der Lage der Sache gar nichts geändert hat, mit anderen Worten, daß die Vorlage noch wie vor in der Schwebe ist. Bei der Beratung des Militärstraf im Plenum des Reichstages wird dem Kriegsminister zweifellos Gelegenheit gegeben werden, sich über die Angelegenheit auszusprechen.

* In den gothaischen Landtag wird demnächst der zweite Sozialdemokrat eingetrieben. Im Wahlkreis Georgenthal-Tambach sind 27 Sozialdemokratische gegen 11 ordnungsparteiliche Wahlmänner gewählt worden.

* Die nationalliberale Fraktion der zweiten badischen Kammer brachte einen Antrag auf Wahlreform ein, wonach die Zahl der Abgeordneten von 63 auf 73 erhöht werden soll. Das Großherzogtum soll danach in 58 Wahlbezirke eingeteilt werden, die je einen Abgeordneten auf Grund des direkten allgemeinen Wahlrechtes zu wählen haben, wobei die relative Mehrzahl entscheiden soll. Außerdem sollen in 13 Städten zusammen 15 Abgeordnete durch einen aus Klassenwahlen hervorgegangenen Bürgerauschuß gewählt werden.

* Die Wiener Blätter besprechen die erfolgte Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürst von Bulgarien seitens des Sultans und zweifeln nicht an der Zustimmung der Großmächte. Das „Freundenblatt“ versichert, die Großmächte nähmen Anteil an dem Geschick Bulgariens. Die „Neue Freie Presse“ sagt, der türkische Botschafter dürfte bei dem Grafen Soluchowski kaum auf ein ernstes Hindernis stoßen, da Oesterreich-Ungarn den Prinzen Ferdinand einmal als Usurpator angesehen habe. Oesterreich-Ungarn müßte aber darauf bedacht sein, keine Ungewißheit darüber auf-

kommen zu lassen, daß es nur einen Fürsten eines wirklich selbständig gewordenen Bulgariens anerkenne.

Frankreich.
* Die französische Deputiertenkammer hat dem Rabinett Bourgeois in der Südbahn-Angelegenheit mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum erteilt.

* Die Pariser Blätter bleiben dabei, daß der Rücktritt des Botchafters Herbette unvermeidlich sei, doch werde derselbe erst in einigen Monaten erfolgen. Bekanntlich soll die von dem Botschafter durchgeführte Abberufung des Marineattachés de Granch die Ursache sein, welche die Stellung des Botchafters unheilbar gemacht hat. Nach dem „Jour“ hat Kaiser Wilhelm in der That am 19. Januar an den Attaché Worte des Behauerns über dessen Abberufung gerichtet und so laut, daß die Umstehenden die Worte hören mußten. Der Kaiser habe hinzugefügt: „Ich werde mit Ihrem Botschafter sprechen und die Sache arrangieren.“ Der Kaiser habe darauf mit dem Botschafter Herbette wirklich von der Angelegenheit gesprochen, Herbette habe aber gesagt, er müsse auf der Abberufung bestehen, um Herr auf seiner Botchaft zu bleiben. Das Gespräch sei darauf kurz abgebrochen worden.

England.
* Auch in London ist am Mittwoch ein Weißbuch über die Transvaalfrage ausgegeben worden. Es enthält scharfe Drohungen an Präsident Krüger und Ausführungen, die für Deutschland verlegend klingen.

* Bei der Versammlung der Kardinalskongregation zur Vereinerung der Kirchen, welche am letzten Sonntag im Vatikan stattfand und in welcher einer englischen Meldung zufolge der Papst seiner tiefen Trauer über das Verhalten des Fürsten Ferdinand Ausdruck verlieh, erklärte einer der Kardinalen, daß infolge des Abfalles Fürst Ferdinand selbstverständlich von der Kirche ausgeschlossen sei, so daß kein Briefträger ihn zum Empfang der Kommunion zulassen könne. Es liege deshalb kein Grund für den Papst vor, den Fürsten öffentlich zu exkommunizieren.

* Aus Afrika sind für Italien wenig Neuigkeiten eingetroffen. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ vom Montag aus Enticho unternahm General Baratieri eine Reconnaissance bis in die Linie der äußersten Vorposten. Die Stellung des Feindes ist immer noch dieselbe, in zwei Lager geteilt. Man bemerkt die zahlreichen Zelte des ersten Lagers aus einer weiten Fläche zwischen zwei Bergen. Ungefähr 4 Kilometer rückwärts steht man das andere Lager, dasjenige Kenelele, durch Hügel gedeckt. Der Feind unternahm Streifzüge bis in die Nähe von Adua.

Balkanstaaten.
* Die Meldung von der beabsichtigten Verlobung des Königs von Serbien mit einer montenegrinischen Prinzessin wird in maßgebenden Kreisen für unbegründet erklärt.

* Die „Umtaufung“ des Prinzen Boris hat am Freitag in Sofia unter großem Pomp stattgefunden. Die Sobranje hatte dafür 929 000 Frank bewilligt.

* Anlässlich der Verhandlungen in der bulgarischen Sobranje über den neuen Kredit von 10 Mill. Frank zur Ausrüstung der Armee ist in Regierungskreisen das Gerücht entstanden, daß zwischen Rußland und Bulgarien eine Militärkonvention abgeschlossen werden solle.

* Die Uebergabe von Zeitun, der widerspenstigen Stadt in Armenien, scheint nunmehr endlich in naher Aussicht zu stehen. Es kommt nämlich von dort die Nachricht, daß die Bemühungen der Konsuln in Aleppo den Erfolg hatten, daß die Häupter der russländischen folgende Bedingungen zur Uebergabe annahmen: 1) Auslieferung sämtlicher Kriegswaffen. Im Privatbesitz befindliche Waffen sollen den Eigentümern belassen bleiben. 2) Allgemeine Amnestie für die Einheimischen mit der alleinigen Ausnahme, daß ein gerichtliches Vorgehen auf dem Klagewege für gemeine Vergehen möglich ist. Einige nicht einheimische Agitatoren sollen aus-

gewiesen werden. 3) Der Sultan wird die Forderungen der Einwohnerchaft in Erwägung ziehen, wonach gewisse Steuern und Steuerbefreiungen zu erlassen sind und die zerstörte Kaiserne nicht wieder aufgebaut werden soll.

Amerika.
* Es gilt als gewiß, daß infolge eines Rates der Ver. Staaten ein Vertreter der Republik Venezuela nach London geschickt werden dürfte, um direkte Verhandlungen mit England zu eröffnen.

Aus dem Reichstage.

Am Reichstage hatte am Mittwoch der Abg. Hehl zu Hermsdorf (nat.-lib.) die Anfrage eingebracht, welche geistgesährlichen Maßnahmen die Regierung zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen die Ausbreitung der Arbeiterinnen in der Wäsche- und Konfektionsbranche durch das Transvaal-System zu ergreifen beabsichtigt. Minister v. Bötticher ver sprach, daß sich die Kommission für Arbeiterkassenfrage mit der Frage beschäftigen solle. Es wurde in die Befragung der Anfrage eingetreten und den jetzt in einem Streik befindlichen Konfektionsarbeiterinnen von allen Parteien wohlwollende Teilnahme entgegengebracht; besonders wurde das Zwischenschlichteramt scharf verurteilt.

Am 13. d. wird die zweite Staatsberatung beim Etat des auswärtigen Amtes fortgesetzt. Der Berichterstatter Bruns Herberg referierte über die Kommissionsberatungen, namentlich auch über die Erklärung, die der Staatssekretär v. Bötticher über die Transvaal-Angelegenheit und die angeblichen Flottenvermehrungspläne dort abgegeben habe.

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Die Gerüchte, daß die Regierung plötzlich die Flotte großartig vermehren wolle, hat beunruhigt. Deshalb wollen wir schon heute unsere Stellung zu der einzigen Flottenvermehrung nehmen. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Kommission hat Beruhigung geschaffen. Die vierstufen Flottenpläne würden hier im Reichstage einwärtige Opposition finden. Aus den und gestern überreichen Akten über Süd-Afrika haben wir wesentlich Neues nicht erfahren. Wir schulden dem auswärtigen Amt vollen Dank für seine gemäßigte aber feste Haltung in der Angelegenheit. In England dürften keine Zweifel über die lokale Politik Deutschlands in Süd-Afrika bestehen können. Wir sind stolz auf die kaiserliche Rundgebung an den Präsidenten Krüger und weisen die englischen Angriffe auf die Person des Kaisers mit Entschiedenheit zurück.

Staatssekretär v. Bötticher: Um diese Frage zu beantworten, muß ich einige Bemerkungen vorausschicken. Unsere Beziehungen zu Transvaal liegen die durch die Konvention von 1884 geschaffenen Verhältnisse zu Grunde, die von England ebenfalls anerkannt ist. Sie gewährt uns volle Freiheit des Handels- und Gewerbebetriebs und das unbedingte Reichsbesitzungsrecht. In dieser Beziehung haben wir hinter keinem anderen Staate zurückzutreten. Wir haben daher die Pflicht, darüber zu wachen, daß keine staatsrechtliche Veränderung eintrete, die unsere Rechte beeinträchtigen oder illusorisch machen könnte. Dagegen hat es uns durchaus fern gelegen, uns in die inneren Angelegenheiten Transvaals einzumischen.

Der Einfall des Dr. Jamelon in das Transvaalgebiet war zweifellos ein völkerrechtswidriger Akt, der auch unsere Interessen bedrohte. Damit fiel uns die Pflicht zu, zu handeln. Präsident Krüger hat unsere Intervention nicht angezweifelt. Wir selbst haben die Anfrage an die englische Regierung gerichtet, was sie zu thun gedenke. Sie hat uns mitgeteilt, welche Maßnahmen sie schon vorher getroffen hätte, um — so weit es noch möglich sein konnte — Dr. Jamelon zur Rückkehr zu bewegen und Wutvergehen zu vermeiden, und ich muß anerkennen, daß die englische Regierung mit aller Energie und Umsicht alle Schritte getan hat, um dieses Ziel zu erreichen. Der Jug. Jamelons stand zweifellos im Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung in Johannesburg, und durch diese schienen unsere Interessen auf das ernstlichste gefährdet. Da hätte man uns den Vorwurf machen können, wir hätten dieselben aus dem Auge gelassen, wenn wir in der Nähe ein Schiff gehabt und es nicht nach Pretoria gefahren hätten. Mit Ermächtigung des Reichstages habe ich daher das Schiff „Seeabter“ dorthin entsandt und den Konful ernannt, das Landungskommando zum Schutz des Konfulats und der Deutschen zu verwenden. Was weiter geschah, ist bekannt; die Dokumente liegen Ihnen im Weißbuch vor. Ich habe nach allem zu erklären, daß unsere Beziehungen zu England keinen Augenblick aufgehört haben, gute, normale und freundschaftliche zu sein. Im vorliegenden Falle hatten wir das Recht, unserer Meinung Ausdruck zu geben, wie es dem Empfinden der ganzen Nation entspricht.

Abg. Lieber (Zentr.): Wir danken dem Staatssekretär für seine Erklärungen und begrüßen die Besetzung des Weißbuchs mit Freuden. Wir hören Wert darauf, daß auch dem Auslande gegenüber kein Zweifel darüber sei, daß in auswärtigen Angelegenheiten das Zentrum im Reichstage keine Ausnahmestellung einnimmt gegenüber den nationalgefühnten Parteien Deutschlands. Wir verzichten angefaßt der Bedeutung dieser Debatte darauf, in eine Erörterung der weitgehenden Flottenpläne einzutreten.

Abg. v. Ranke (Zentr.): Auch wir verzichten auf eine Erörterung der Flottenpläne. Das Herr v. Bötticher gesagt und das Weißbuch mitgeteilt hat, hat uns durchaus befriedigt. Wir wissen dem Reiter unserer auswärtigen Politik Dank, daß er die Ehre Deutschlands in seinem Punkte preisgegeben hat.

Im gleichen Sinne spricht sich Abg. v. Barhoff (Zentr.).

Abg. Richter (Fr. Sp.): Auch wir sind der Regierung dankbar für die Erklärungen und für die Besetzung des Weißbuchs. Das Telegramm des Kaisers müßte ich als einen Ausdruck der Sympathien des deutschen Volkes für Transvaal bezeichnen. Auch die englische Regierung hat ja den Präsidenten Krüger beglückwünscht zu der von ihm bewiesenen Mäßigung. Was in Afrika zwischen England und Deutschland treten kann, ist verhältnismäßig gering gegenüber unseren großen gemeinsamen Interessen. Dazu ist aber auch nötig, daß man dem unbedingten Schiedsamt entgegensteht. Er kommt am deutlichsten zum Ausdruck in der Forderung nach Vermehrung der Flotte. Die Privatansammlungen für Schiffbauten sind ja bereits dem Flusse der Väterlichkeit anheimgefallen. Jetzt fordert man die Vermehrung auf Kosten des Reiches. Seit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers sind bereits 300 Mill. für Schiffbauten im Extraordinarium ausgegeben worden. Dabei ist der Flottenplan noch nicht vollständig durchgeführt. Was aber zur Durchführung gebracht werden ist, ist mit viel höheren Kosten ausgestattet, als veranschlagt gewesen. Die sich die Flottenpläne interessieren, sind vor allem gerade die Kreise, die sonst demütig sind, die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Marktes im Auslande durch eine falsche Wirtschaftspolitik zu beeinträchtigen.

Abg. Hehl (Zentr.): Auch ich erlaube an, daß sich die Reichsregierung in der Transvaalfrage durchaus korrekt verhalten hat. Gleichwohl ist die Regierung in England wohl nicht ganz unerschrocken. Die Ursache derselben liegt in dem Telegramm des Kaisers vom 2. Januar. Die deutsche Regierung mußte damals bereits wissen, daß Jamelon ohne englisches Wissen die Grenze Transvaals überschreiten würde. Deshalb ist mir auch die Abwendung des betreffenden Telegramms unverständlich. Nach Rußland oder Frankreich wäre ein solches Telegramm auch sicher nicht abgegangen, aber England gegenüber glaubte man sich zu etwas herausnehmen zu können. Die Regierung in England wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn nicht schon vorher in der dortigen Bevölkerung eine große Rühle und Misshimmung gegen uns Platz gegriffen hätte, und zwar seit der Zeit des japanisch-chinesischen Krieges, seit dem Frontwechsel, der infolge eines Vertrages des früheren Bundeskanzlers in China eingetreten sein soll, und zwar beim Kaiser. In England war man darüber beunruhigt, daß Deutschland in China die russischen Interessen begünstige. Die gleiche Haltung nimmt die deutsche Politik leider auch in der armenischen Frage ein. Rußland läßt sich das gefallen und es wird uns in keiner Weise danken, daß es in den nächsten Wochen 100 Millionen einer neuen Eisenbahnlinie an unsren Büren auslegt. Damit ist dann der deutsche Weltmarkt Rußland wieder definitiv geöffnet. Eine solche Politik kann nicht als eine nationale bezeichnet werden.

Abg. Haukmann (Zentr. Sp. weint): daß die Regierung mit Recht allgemeinen Beifall gefunden; das Telegramm des Kaisers sei ganz gerechtfertigt gewesen, es habe unendlich alarmiert.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Zentr.): Herr Hehl ist nicht der richtige Interpellant für die Gefühle des deutschen Patriotismus. Ich hoffe, wir werden in Zukunft nicht oft mit auswärtiger Politik hier abgeben, sonst wird kein Minister im Stande sein, die auswärtige Politik des Reiches mit Erfolg zu führen. Es hätte genügt, die Zustimmung des Reichstages kurz darzulegen. In England habe man sich gewöhnt, Schwäche bei uns zu suchen, man fand Energie und Stärke. Der Kaiser hat die Herzensmeinung des Volkes zum Ausdruck gebracht. Ich möchte nicht, daß der Kaiser von Herrn Hehl und Senoffen im Ausdruck seiner Meinungen abhängig wäre.

Abg. Hehl (Zentr.): Auch ich erlaube an, daß sich die Reichsregierung in der Transvaalfrage durchaus korrekt verhalten hat. Gleichwohl ist die Regierung in England wohl nicht ganz unerschrocken. Die Ursache derselben liegt in dem Telegramm des Kaisers vom 2. Januar. Die deutsche Regierung mußte damals bereits wissen, daß Jamelon ohne englisches Wissen die Grenze Transvaals überschreiten würde. Deshalb ist mir auch die Abwendung des betreffenden Telegramms unverständlich. Nach Rußland oder Frankreich wäre ein solches Telegramm auch sicher nicht abgegangen, aber England gegenüber glaubte man sich zu etwas herausnehmen zu können. Die Regierung in England wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn nicht schon vorher in der dortigen Bevölkerung eine große Rühle und Misshimmung gegen uns Platz gegriffen hätte, und zwar seit der Zeit des japanisch-chinesischen Krieges, seit dem Frontwechsel, der infolge eines Vertrages des früheren Bundeskanzlers in China eingetreten sein soll, und zwar beim Kaiser. In England war man darüber beunruhigt, daß Deutschland in China die russischen Interessen begünstige. Die gleiche Haltung nimmt die deutsche Politik leider auch in der armenischen Frage ein. Rußland läßt sich das gefallen und es wird uns in keiner Weise danken, daß es in den nächsten Wochen 100 Millionen einer neuen Eisenbahnlinie an unsren Büren auslegt. Damit ist dann der deutsche Weltmarkt Rußland wieder definitiv geöffnet. Eine solche Politik kann nicht als eine nationale bezeichnet werden.

Abg. Haukmann (Zentr. Sp. weint): daß die Regierung mit Recht allgemeinen Beifall gefunden; das Telegramm des Kaisers sei ganz gerechtfertigt gewesen, es habe unendlich alarmiert.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Zentr.): Herr Hehl ist nicht der richtige Interpellant für die Gefühle des deutschen Patriotismus. Ich hoffe, wir werden in Zukunft nicht oft mit auswärtiger Politik hier abgeben, sonst wird kein Minister im Stande sein, die auswärtige Politik des Reiches mit Erfolg zu führen. Es hätte genügt, die Zustimmung des Reichstages kurz darzulegen. In England habe man sich gewöhnt, Schwäche bei uns zu suchen, man fand Energie und Stärke. Der Kaiser hat die Herzensmeinung des Volkes zum Ausdruck gebracht. Ich möchte nicht, daß der Kaiser von Herrn Hehl und Senoffen im Ausdruck seiner Meinungen abhängig wäre.

Abg. Hehl (Zentr.): Auch ich erlaube an, daß sich die Reichsregierung in der Transvaalfrage durchaus korrekt verhalten hat. Gleichwohl ist die Regierung in England wohl nicht ganz unerschrocken. Die Ursache derselben liegt in dem Telegramm des Kaisers vom 2. Januar. Die deutsche Regierung mußte damals bereits wissen, daß Jamelon ohne englisches Wissen die Grenze Transvaals überschreiten würde. Deshalb ist mir auch die Abwendung des betreffenden Telegramms unverständlich. Nach Rußland oder Frankreich wäre ein solches Telegramm auch sicher nicht abgegangen, aber England gegenüber glaubte man sich zu etwas herausnehmen zu können. Die Regierung in England wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn nicht schon vorher in der dortigen Bevölkerung eine große Rühle und Misshimmung gegen uns Platz gegriffen hätte, und zwar seit der Zeit des japanisch-chinesischen Krieges, seit dem Frontwechsel, der infolge eines Vertrages des früheren Bundeskanzlers in China eingetreten sein soll, und zwar beim Kaiser. In England war man darüber beunruhigt, daß Deutschland in China die russischen Interessen begünstige. Die gleiche Haltung nimmt die deutsche Politik leider auch in der armenischen Frage ein. Rußland läßt sich das gefallen und es wird uns in keiner Weise danken, daß es in den nächsten Wochen 100 Millionen einer neuen Eisenbahnlinie an unsren Büren auslegt. Damit ist dann der deutsche Weltmarkt Rußland wieder definitiv geöffnet. Eine solche Politik kann nicht als eine nationale bezeichnet werden.

Abg. Haukmann (Zentr. Sp. weint): daß die Regierung mit Recht allgemeinen Beifall gefunden; das Telegramm des Kaisers sei ganz gerechtfertigt gewesen, es habe unendlich alarmiert.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Zentr.): Herr Hehl ist nicht der richtige Interpellant für die Gefühle des deutschen Patriotismus. Ich hoffe, wir werden in Zukunft nicht oft mit auswärtiger Politik hier abgeben, sonst wird kein Minister im Stande sein, die auswärtige Politik des Reiches mit Erfolg zu führen. Es hätte genügt, die Zustimmung des Reichstages kurz darzulegen. In England habe man sich gewöhnt, Schwäche bei uns zu suchen, man fand Energie und Stärke. Der Kaiser hat die Herzensmeinung des Volkes zum Ausdruck gebracht. Ich möchte nicht, daß der Kaiser von Herrn Hehl und Senoffen im Ausdruck seiner Meinungen abhängig wäre.

Abg. Hehl (Zentr.): Auch ich erlaube an, daß sich die Reichsregierung in der Transvaalfrage durchaus korrekt verhalten hat. Gleichwohl ist die Regierung in England wohl nicht ganz unerschrocken. Die Ursache derselben liegt in dem Telegramm des Kaisers vom 2. Januar. Die deutsche Regierung mußte damals bereits wissen, daß Jamelon ohne englisches Wissen die Grenze Transvaals überschreiten würde. Deshalb ist mir auch die Abwendung des betreffenden Telegramms unverständlich. Nach Rußland oder Frankreich wäre ein solches Telegramm auch sicher nicht abgegangen, aber England gegenüber glaubte man sich zu etwas herausnehmen zu können. Die Regierung in England wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn nicht schon vorher in der dortigen Bevölkerung eine große Rühle und Misshimmung gegen uns Platz gegriffen hätte, und zwar seit der Zeit des japanisch-chinesischen Krieges, seit dem Frontwechsel, der infolge eines Vertrages des früheren Bundeskanzlers in China eingetreten sein soll, und zwar beim Kaiser. In England war man darüber beunruhigt, daß Deutschland in China die russischen Interessen begünstige. Die gleiche Haltung nimmt die deutsche Politik leider auch in der armenischen Frage ein. Rußland läßt sich das gefallen und es wird uns in keiner Weise danken, daß es in den nächsten Wochen 100 Millionen einer neuen Eisenbahnlinie an unsren Büren auslegt. Damit ist dann der deutsche Weltmarkt Rußland wieder definitiv geöffnet. Eine solche Politik kann nicht als eine nationale bezeichnet werden.

Abg. Haukmann (Zentr. Sp. weint): daß die Regierung mit Recht allgemeinen Beifall gefunden; das Telegramm des Kaisers sei ganz gerechtfertigt gewesen, es habe unendlich alarmiert.

Nach zwanzig Jahren.

10) Erzählung von Ida Fried.
(Fortsetzung)

„Onkel Rudolf! Onkel Rudolf!“
Die Thüre öffnete sich und Bertha's freches Gesichtchen sah hinein.

„Hier also bist du? Darf ich hineinkommen?“
„Hier, ich muß in die Stadt. Mama hat mir eine Menge Besorgungen aufgegeben, willst du mich begleiten? Allein darf ich nicht gehen, ich müßte also Frau Wittels mitnehmen. Die ist aber so langweilig.“ Sie tanzte in das Zimmer hinein, gab dem Vater einen Kuß und nickte Rudolf lachend zu. „Schon wieder Geschäfte abgehandelt? Bist wie langweilig seid ihr! Onkel Rudolf, du solltest vernünftiger sein; es ist gut, daß Papa fort kommt, eher gönnt er sich keine Ruhe. Du bist, lieber Papa, daß du garnicht folgst!“ Sie setzte sich auf die Lehne des Sessels, schlang die Arme um des Vaters Hals, legte ihre Wangen an sein rauhes, bärtiges Gesicht und sah Rudolf lachend an.

„Nun, kommst du mit? In einer halben Stunde legt das Dampfboot an, damit fahren wir zur Stadt und mit der Pferdebahn zurück. Du mußt aber lieb sein, Onkel, und mit mir in die Läden gehen und mir ausmählen helfen. Darf ich auch zu Dommann fahren, und wenn du artig bist, esse ich recht viel Kuchen. Nun?“

„Nährliches Kind“, lachte Papa Gubler, indem er sie an sich presste. „Ich denke, Onkel Rudolf geht gerne mit dir; ich komme in etwa zwei Stunden auch zur Stadt, nehme aber meinen kleinen Wagen, da ich erst kurz vor dem

Essen zurückfahren kann. Nun schlage ich vor, wir treffen uns um 1 Uhr in Wittels Keller und frühstücken zusammen, Kustern mit Champagner, he kleine?“

„Gerlich, prächtig, du Goldpapa!“
„Und dann, wenn wir unsere Geschäfte besorgt haben, essen wir im Altes-Bavillon noch ein Gebratenes“, sagte Rudolf lächelnd.

„Du bist der allerliebste Onkel den es gibt!“
Sie floß auf ihn zu, schlang die Arme um seinen Hals und legte ihren Kopf schmeichelnd an seine Brust.

Ein Schatten lag über Rudolf's Gesicht. Konnte sie ihn lieben? Unmöglich! Behandelte sie ihn doch so ganz als alten Onkel; das war alles so natürlich, so ungewungen! Er mußte sich gewaltsam beherrschen, um sie nicht an sich zu drücken und den schelmischen Mund mit Küßen zu bebeden.

„Ich fliege nun; in zehn Minuten erwarte ich dich im Pavillon am Fluße. Auf Wiedersehen, Goldpapa, nimm nur recht viel Geld mit, denn wenn wir gefrühstückt haben, mußt du mir etwas kaufen, — was, verrate ich noch nicht.“

Das Dampfboot, das regelmäßig zwischen Blankensee und Hamburg fährt, legte an; Bertha, im reizendsten Sommerkostüm, den Hut mit Federn auf dem blonden Haare, eine stierliche Lachse umgehängt, den Sonnenhut in dem eleganten beiseiten Handchen, eilte sichtlich Fußes über den Steg und suchte sich ein schattiges Plätzchen unter dem Zeltdache aus. Auch

die Herr Fernau Willets gelöst und an ihrer Seite war, hatte sie es sich bequem gemacht und war mit einem älteren Herrn, der neben ihr stand, in ein Gespräch verwickelt. Rudolf sah erstaunt, wie vertraut und mit allen Verhältnissen bekannt sie mit ihm plauderte. Es war ein kräftiger Mann, dem man ansah, daß er sich viel in der freien Luft bewegte, dessen Hände die Arbeit kannten. „Nicht wahr, Onkel Rudolf, du hastest noch keine Gelegenheit, mit Herrn Hamel bekannt zu werden? Ich stelle dir hiermit Herrn Hamel, Gutsherzlicher und rechte Hand des Grafen Berlow vor; Herr Rudolf Fernau, mein Onkel, noch nicht lange von Mexiko zurückgekommen.“

„Wie können Sie sich, Herr Fernau, wieder in unser Leben finden? Es muß Ihnen doch ganz fremd vorkommen!“ begann Herr Hamel die Unterhaltung.

„Teilweise gewiß; aber von dem eigentlichen Leben in der Stadt habe ich bis jetzt noch wenig gesehen. Ich kam meine Freunde zu besuchen, und da fühlte ich mich außerordentlich behaglich. Später will ich mich hier anlaufen. Bei Ihnen geht es, wie ich höre, jetzt sehr lebhaft zu. Sie lassen wohl das ganze Haus neu herrichten?“

„Beute genug sind beschäftigt, das ist richtig“, antwortete Hamel, „es wäre fast unmöglich, alle zu beaufsichtigen, wenn der Herr Graf nicht selbst sich so thätig bewiese.“

„Ich dachte, der Graf sei zu Lebend dazu!“
„Ich dachte, der Herr Graf sei zu Lebend dazu!“
fragte Bertha, deren Herz ungestüm klopfte, meinte sie doch mit dem Vater des Geliebten zu sprechen und hoffte durch Zufall etwas über ihn zu hören. Doch glaubte sie den Tag nicht

kommen, an dem sie auf einige Zeilen von ihm hoffen durfte; gewiß aber wußte der Vater von ihm und nannte ihn vielleicht. Ihre Augen glänzten, rosig glänzten ihre Wangen.

„Das war er auch“, entgegnete Hamel, „oder meinte vielmehr, es zu sein bis vor wenigen Wochen; seitdem ist aber eine große Veränderung mit ihm vorgegangen. Seit dem Tage, an dem sich Ferdinand v. Hamm mit dem jungen Grafen fest verlobte und der Hochzeittag bestimmt wurde, lebt der alte Herr auf; nicht ist ihm gut genug für die zukünftige Schwägerin, und den Sohn, alles muß auf das glänzendste eingerichtet werden. Auch denke ich, daß ich in Hamburg treffen, wohin er schon sehr früh ging, um mit dem Kapiteeler Nachprache zu nehmen. Ich glaube, wenn das junge Paar einmal eingezogen ist, wird es ein ganz anderes Leben auf dem Schlosse geben.“

Der junge Herr ist lebenslustig und das Fräulein gemüthlich, ihren Willen zu haben. Nun, die Gesellschaft ist kolossal genug, um das Geld mit vollen Händen ausstreuen zu können.“

„Gehst du? Wie? Wer stand denn?“
fragte Rudolf, der, obgleich er selbst kein Interesse daran hatte, daß Bertha Gertrude's Rührer gewußt hätte und selbst nicht fragen wollte.

„Jetzt niemand, Herr Fernau, vor zwei Jahren hat der Onkel den jungen Herrn; es war der einzige Bruder seiner Mutter, hatte aber mit dem Schwager nie verkehrt; sie konnten sich gegenseitig nicht leiden. Er hatte ein abentheuerliches Verlangen erwecken und geriet, das weiß ich nicht recht, ich kannte ihn nicht. Er hinterließ das-